

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, gibt zu Bedenken, dass die Schilder zwar eine Verschönerung der Darstellung seien, jedoch auch bezüglich der Attraktivität der Tiengener Innenstadt inhaltlich etwas gehen müsse.

Stadtrat Harald Würtenberger, Freie Wähler-Fraktion, befürwortet das Konzept stellt aber die Frage, ob man auch an die Radfahrer gedacht habe, insbesondere diese auch wieder aus der Stadt heraus zu leiten.

Christa Bader antwortet hierauf, dass man momentan nicht daran gedacht habe. Sie verweist auf die bestehende grün-weiße Radwegebeschilderung und fügt an, dass es verwirrend sein könnte, zusätzliche Hinweise für die Radfahrer anzubringen.

Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, fände ein Hinweisschild beim Ausgang aus dem Parkhaus gut. Frau Bader nimmt dies zur Kenntnis.

Stadtrat Markus Ebi, CDU-Fraktion, betont mit Nachdruck, dass er ein neues Beschilderungssystem befürworte, jedoch als geschlossenes System. Ein Abbau der alten Beschilderung müsse dringend erfolgen.

Beschluss:

Der Gemeinderat befürwortet das Konzept für ein Image-Leitsystem in Tiengen und stellt die erforderlichen Mittel in den kommenden Haushaltsjahren zur Verfügung (abschnittsweise Realisierung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

33.

**Änderung Bebauungsplan „Galgenäcker“, Tiengen:
Satzungsbeschluss (Ausschluss von Vergnügungsstätten)**

Bürgermeister Beck berichtet, dass der Bau- und Umweltausschuss als Ergebnis seiner Vorberatung dem Gemeinderat einstimmig Zustimmung empfehle.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Bebauungsplanänderung „Galgenäcker“, Stadtteil Tiengen im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB als Satzung.

In den Gewerbegebieten werden Vergnügungsstätten ausgeschlossen.

Die Begründung, die Satzung und der zeichnerische Teil der Bebauungsplanänderung sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

34.

**Kindertagesstätte St. Marien auf Stoll-Vita-Areal:
Arbeitsvergaben**

Oberbürgermeister Albers erteilt dem Hochbauamtsleiter Martin Gruner das Wort, welcher den Sachstand erläutert. Nach wie vor bewege man sich im Zeitplan, mit den Kosten sei man „auf der Kippe“, jedoch noch im Rahmen.

Auf Nachfrage von Stadträtin Sylvia Döbele erklärt Martin Gruner, dass man für das Personal der Kindertagesstätte als Parkmöglichkeit 10 Stellplätze mit der benachbarten Firma Kaufland auf deren Gelände ausgehandelt habe.

Oberbürgermeister Albers erläutert, dass die Kirchen keine neuen Einrichtungen übernehmen möchten und man bezüglich einer Trägerschaft mit den Kinderzentren Kunterbunt im Gespräch sei. Er verweist auf den Internetauftritt des gemeinnützigen Trägers für Kindereinrichtungen, der deutschlandweit Einrichtungen betreibe und teilt mit, dass Hauptamtsleiterin Ingrid Eble und Brigitte Reichmann sich gerne die Kindertagesstätte „Kiku Kinderland“ bei Heidelberg ansehen möchten. Bei der Besichtigung sollten Vertreter der Fraktionen dabei sein.

Auf die Nachfrage von Stadtrat Dieter Zauft, ob es Erfahrungen gebe, ob der Träger nach Tarif bezahle, antwortet Ingrid Eble, dass man davon ausgehe. Der Träger agiere bundesweit, bilde bundesweit aus und habe ausreichende Personalkapazitäten. Nach bisher vorliegenden Informationen seien keine Beschwerden bekannt. Auf Nachfrage von Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, nach der Anzahl der bestehenden Einrichtungen fügt Ingrid Eble an, dass in Großstädten teilweise mit Firmen kooperiert werde und der Träger vom Sozialministerium ausgezeichnet worden sei.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt das Gewerk 1 gemäß Verwaltungsvorschlag zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

35.

Ersatzbeschaffung LKW für die Stadtgärtnerei:

Bewilligung überplanmäßiger Mittel

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat bewilligt überplanmäßige Mittel in Höhe von 33.000 € für die Ersatzbeschaffung eines LKW für die Gärtnerei bei Haushaltsstelle 02.5800.935000/999.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

36.

Stadthalle Waldshut:

Information zur erfolgten Brandverhütungsschau und Beratung über weiteres Vorgehen

Martin Gruner schildert auf Bitte des Oberbürgermeisters als Sachstand, das Ergebnis der, durch ein Sachverständigenbüro durchgeführten Brandverhütungsschau und erinnert an die nun etwa 5 Jahre zurückliegenden Überlegungen bezüglich der Vereinbarkeit der Nutzungsfunktionen der Stadt- und Sporthalle einschließlich der hierzu durchgeführten Exkursion.

Herr Behringer vom beauftragten gleichnamigen Ingenieurbüro erläutert die vorliegenden Mängel und die zu deren Behebung erforderlichen erheblichen Maßnahmen, aufgrund derer das Gebäude drei bis vier Monate nicht nutzbar sein werde.

Martin Gruner erläutert, dass bereits 2015 das nächste Brandschutzgutachten durchgeführt werden müsse und er nicht sagen könne, ob das was aufgrund der jetzigen Beanstandungen gemacht würde, dann nicht wieder beanstandet würde. Schlussendlich

sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass es keinen Sinn mache, die vorgestellten Brandschutzmaßnahmen durchzuführen, sondern schlage eine Kernsanierung der Stadthalle vor. Kosten könne er hierzu nicht nennen. Diese hängen vom Nutzungskonzept ab. Das weitere Vorgehen wäre wie folgt: Bis Oktober könne ein Konzept erstellt werden, im November würde der Gemeinderat den grundsätzlichen Sanierungsbeschluss fassen, im März 2014 könnte die Auftragsvergabe erfolgen, ab Juli 2014 könnte mit dem Bau begonnen werden. Hallenbad und Technik seien auch betroffen und man müsse die Arbeiten zusammen mit den Stadtwerken koordinieren.

Stadträtin Petra Thyen erkundigt sich, ob sich die Brandschutzvorschriften in ein paar Jahren ändern könnten. Martin Gruner antwortet hierauf, dass die Auflagen eher strenger würden. Er würde deshalb die Angelegenheit nicht gerne lange vor sich herschieben.

Stadträtin Rita Mosel fragt, ob auch im Hallenbad etwas erneuert werden müsse. Martin Gruner erläutert hierzu, dass das Hallenbad nicht in die Brandschutzuntersuchung miteinbezogen worden sei.

Herr Behringer erläutert, dass ein Gesamtsanierungskonzept, das auch eine energetische Sanierung beinhalte, für eine 40 Jahre alte Halle sinnvoll sei.

Stadträtin Sylvia Döbele äußert die Ansicht, dass sie eine Kernsanierung für vernünftig halte. Sie stelle jedoch in Frage, dass man in Zukunft mit einer Doppelnutzung zufrieden sei und sei überzeugt davon, dass man die Halle künftig nur noch als Sporthalle betreiben solle, die Nutzung als Stadthalle herausnehmen sollte. Die Nutzung als Sporthalle sehe sie für die bestehende Halle als eher verträglich.

Stadtrat Markus Ebi fragt, ob die Halle bis Herbst wie bisher genutzt werden könne. Martin Gruner erläutert, dass bis Juli kommenden Jahres Aufschub beantragt werden müsse. Aufwendungen, die sofort zu tätigen seien, seien gering.

Stadtrat Josef Rimmele, CDU-Fraktion, befürwortet das von Martin Gruner vorgestellte Konzept einer Kernsanierung. Die Kosten müssten jedoch auf den Tisch.

Stadtrat Kurt Benda, CDU-Fraktion, möchte wissen, ob, wenn eine neue Stadthalle gebaut würde, die vorgestellten Maßnahmen auch für die dann nur noch als Sporthalle genutzte Halle durchgeführt werden müssten. Martin Gruner bejaht dies.

Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion äußert sich, dass er die Stadthalle aufgrund ihrer Nutzung als Multifunktionshalle für eine „Missgeburt“ halte. Dies ändere nichts an der Tatsache, dass eine Sanierung nötig sei. Für ihn stelle sich die Frage, ob man den Sportbereich herausnehmen solle. Es habe schon Pläne für eine Sporthalle neben der Stadthalle gegeben. Er halte es für erforderlich, sich darüber klar zu werden, was man dauerhaft wolle, was mit dem kulturellen Mittelpunkt und auch dem sportlichen in Waldshut passieren solle.

Oberbürgermeister Albers erläutert, dass, wie schon von Martin Gruner mitgeteilt, eine Gruppe bestehend aus Architekten, Fachplanern, den betroffenen Nutzergruppen und der Stadtwerke unter Leitung des Hochbauamts bis Oktober ein Nutzungs- und Sanierungskonzept erstellen werde. Bisher sei keine Option verworfen, sondern die Angelegenheit nur zurückgestellt worden.

Stadtrat Günter Heinrich merkt hierzu an, dass die Gruppe mehr Möglichkeiten in Betracht ziehen müsse, als bisher angeklungen seien.

Auf Bitte von Oberbürgermeister Albers äußert sich der Schulleiter der Robert-Schuman-Realschule Johann Albicker. Die Realschule nutze Räumlichkeiten in der Stadthalle als Schüleraufenthaltsraum und Musikraum sowie auch für den Schulsport. Im Moment sei man mit der bestehenden Situation sehr zufrieden, obwohl die klimatischen Bedingungen im Sommer oft kritisch seien. Mit dem neuen Boden sei die Halle für den Sport geeignet. Den Wegfall für einen längeren Zeitraum aufgrund der Sanierungsmaßnahmen müsse man verkraften.

Martin Gruner meint, dass die Kostenbelastung bei einem Neubau größer wäre. Nach wie vor sei die Stadthalle Waldshut die größte Halle am Hochrhein. Er würde die Maßnahme gern in der dargelegten Form vorantreiben.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, äußert den Wunsch nach einem Zwischenbericht im Juni oder Juli, damit noch die Möglichkeit bestehe, Fragen grundsätzlicher Art abzuklären. Ansonsten sehe er bis Oktober zu viel als vorweggenommen.

Martin Gruner sagt auf Nachfrage von Oberbürgermeister Albers die Vorlage eines Zwischenberichtes zu.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Nutzungs- und Sanierungskonzeptes für die Stadthalle Waldshut bis Oktober 2013 und der weiteren Vorgehensweise wie in der beigefügten Sitzungsvorlage dargestellt. Bis Juni oder Juli 2013 soll dem Gemeinderat ein Zwischenbericht vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

37.

Spenden

Oberbürgermeister Albers verliest Spenden gemäß beigefügter Zusammenstellung. Gegen die Entgegennahme und Weiterleitung bzw. Vermittlung dieser Spenden werden keine Einwendungen erhoben.

38.

Bekanntgaben

Priesterweihe von Dominik Rimmele

Oberbürgermeister Albers unterrichtet den Gemeinderat von der Einladung Dominik Rimmeles zu seiner Priesterweihe am Sonntag, den 12. Mai in Freiburg.

Patenschaftstag in Immendinger Kaserne

Oberbürgermeister Albers erinnert an die bereits per Email versandte Einladung des Patenbataillons zum Patenschaftstag am 27. März in die Kaserne Immendingen.

Morgenstadt

Oberbürgermeister Albers berichtet über die Initiative „Morgenstadt“, ein Netzwerk der Fraunhofer Gesellschaft, der Industrie und verschiedener Kommunen. Es gehe dabei um Möglichkeiten der Energieeinsparung, moderner Verkehr usw. im Hinblick auf den Klimaschutz. Forschungsergebnisse sollen den Städten direkt nutzbar gemacht werden. Die Badenova hat ein Angebot der Zusammenarbeit gemacht. Badenova stelle einen großen Teil der Finanzierung. Die Städte sollen sich mit jeweils 8.000 € beteiligen. Er habe das Angebot per Eilentscheidung angenommen. Martin Gruner werde an einem Treffen teilnehmen. In der Juni-Sitzung soll hierüber berichtet werden.

Verschiedenes

Rückblick auf das erste Vierteljahr

Anhand einer mittels eingescannter Zeitungsberichte zusammengestellten Präsentation gibt Oberbürgermeister Albers einen Rückblick auf Ereignisse im vergangenen ersten Vierteljahr.

Regio-S-Bahn Basel

Oberbürgermeister Albers informiert anhand einer Präsentation über eine Studie zum Projekt „Herzstück Regio-S-Bahn Basel“. Damit soll eine unterirdische S-Bahn-Verbindung zwischen Badischem Bahnhof und SBB-Bahnhof hergestellt werden.

Grenzübergang und neues Zollamt

Oberbürgermeister Albers informiert anhand Präsentation einer Behördeninformation des Kantons Aargau über den anstehenden Ausbau des Grenzübergangs, der den Bau des neuen Schweizer Zollgebäudes, Kreiselnubau auf Schweizer Seite, Brückensanierungsmaßnahmen sowie den dreistreifigen Ausbau der B34 und Ausbau des Knotens auf Deutscher Seite beinhaltet.

Eine Behördeninformation des Regierungspräsidiums, die ebenfalls präsentiert wird, gibt Auskünfte zum dreistreifigen Ausbau der B34 sowie den Ausbau der Knotenpunkte Badener Straße und Zoll. Die vorbereitenden Arbeiten sollen im April beginnen, unter wechselnder Führung des Verkehrs. Oberbürgermeister Albers teilt mit, dass er darauf gedrängt habe, dass die Öffentlichkeit informiert werde, insbesondere für die Pendler sei dies wichtig.

Stadtrat Günter Heinrich erkundigt sich, ob es in der Schweiz politische Reaktionen auf die Planung der neuen Rheinbrücke gebe.

Oberbürgermeister Albers antwortet hierauf, dass es keine zusätzlichen Informationen gebe. Frau Schlett habe zugesagt, es auf die Tagesordnung zu nehmen. Erst sei nun Deutschland an der Reihe mit der Umfahrung von Waldshut.

Einmündung Industriestraße/Waldshuter Straße, Tiengen

Stadtrat Gerhard Vollmer, beantragt im Namen der SPD-Fraktion, dass der im Zusammenhang mit der Ansiedlung des neuen Toom-Baumarkts beauftragte Verkehrsgutachter neben der bisher geplanten Ampellösung, ausdrücklich auch die Möglichkeit einer Kreisel-Variante prüft.

Oberbürgermeister Albers erklärt hierzu, dass er sich diesbezüglich bereits mit dem Bürgermeister beraten habe und sie so verblieben seien, dass ein Gutachten über eine Kreisel-Variante nachgeliefert werde. Er stellt hierzu die Zustimmung des Gemeinderats fest.

Fragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.